

Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Präsidium
Wirtschaftskammer Tirol
Wilhelm-Greil-Straße 7 | 6020 Innsbruck
T 05 90 90 5-1248 | F 05 90 90 5-51431
E praesidium@wktiroil.at
W WKO.at/tirol

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
Up/10/21/AB/Mi
Up/13/21/AB/Mi
Up/11/21/AB/Mi

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
WIS/Mag. Garbislander/mn
AW/Mag. Leitner/mn

Durchwahl
1270

Datum
17. August 2021

Fit for 55 - Überprüfung und Erweiterung des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS) und Vorschlag zur Schaffung eines neuen Klima-Sozial-Fonds (Social Climate Fund); Stellungnahme

Geplant ist ein eigener ETS für Straßenverkehr und Gebäude, und zwar in Form eines sogenannten „Upstream Systems“; d.h. der Inverkehrbringer der fossilen Brenn- und Kraftstoffe wird in die Pflicht genommen und nicht der Konsument. In diesem Sinne müssen die Händler ab 2025 für ihre Kunden die entsprechenden Emissionszertifikate erwerben. Damit entsteht für den Energiehandel ein zusätzliches weitreichendes Verpflichtungs-System mit entsprechenden massiven bürokratischen Aufwendungen. Vor allem kleinere Energiehändler werden dies kaum umsetzen können, was letztlich die Marktkonzentration in diesem Bereich weiter verstärken dürfte.

Fit for 55 - Vorschlag der EK zur Überarbeitung der Verordnung betreffend CO2-Standards für PKW und leichte Nutzfahrzeuge; Stellungnahme

Geplante Verordnung betreffend CO2-Standards für PKW und leichte Nutzfahrzeuge: Die Tatsache, dass auch Bio-Treibstoffe und E-Fuels keine Option für die Erreichung der Flotten-Ziele darstellen sollen, ist umweltpolitisch nicht nachvollziehbar. Dies widerspricht der Zielsetzung der Technologie-Offenheit und schränkt zukünftige Innovationsmöglichkeiten massiv ein. E-Fuels und Bio-Treibstoffe können ebenso wie rein elektrisch betriebene Fahrzeuge einen wesentlichen Beitrag im Sinne des Klimaschutzes leisten.

Fit for 55 - Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung eines CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism); Stellungnahme

Die WKÖ-Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik befürchtet in Ihrer Begutachtung zusätzliche Kosten und Compliance-Anforderungen (administrativer Aufwand) für die Unternehmen.

Dass betroffene importierende Unternehmen durch diese Umweltmaßnahme mit höheren Kosten rechnen müssen, steht außer Frage und könnte bei einem Inkrafttreten des Mechanismus nicht vermieden werden.

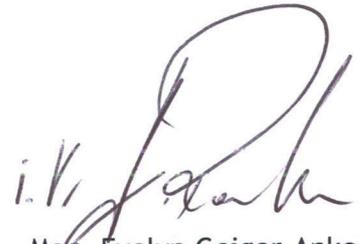
Der zusätzliche administrative Aufwand sollte vermieden werden. Wie bei anderen Maßnahmen der EU auch, stellen die regelmäßigen und verpflichtenden Meldepflichten einen unnötigen und vermeidbaren Mehraufwand für die betroffenen Unternehmen dar, speziell weil die benötigten Daten durch die detailliert erfassten Einfuhrzollanmeldungen bereits vorliegen müssten (Beschaffenheit, Menge, Wert, Herkunft, Ursprung, Zeitpunkt, etc.).

Freundliche Grüße

WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL



Christoph Walser
Präsident



Mag. Evelyn Geiger-Anker
Direktorin